

**Beschlussprotokoll über die
4. Sitzung des Ausschusses für Kinder und Bildung
des XXI. Beirates beim Ortsamt Burglesum**

Datum 05. Juni 2025
Ort Ortsamt Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr Ende 19:20 Uhr

Ausschussmitglieder

SPD B. Lönnecker, M. Wolter i.V.f. M. Nowakowski
CDU M. Hornhues, M. Prigge
Grüne B. Punkenburg i. V. f. U. Schnaubelt

Vertreter gemäß § 23, Absatz 5 OBG

Die Linke R. Tegtmeier
FDP J. Serbest
BD J.-R. Jurgan
Parteilos O. Meier

Ortsamt

Vorsitz Ortsamtsleiter Florian Boehlke
Protokoll Stadtteilassistentin Melanie Schäfers-Severin

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortesamtes fristgerecht am 28.05.2025 verschickt.

Änderung der Tagesordnung:

Keine Änderungen, aber der Hinweis an dieser Stelle, dass heute keine Referent* innen an der Sitzung teilnehmen werden und zu den einzelnen Tagesordnungspunkten lediglich schriftliche Stellungnahmen vorliegen.

Herr Boehlke verliest eine E-Mail der Senatorischen Behörde:

„Vielen Dank für die Einladung zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4.
Ebenso wie zu TOP 4 stelle ich Ihnen zu TOP 3 einen schriftlichen Bericht zur Verfügung.
Sollten dazu Fragen aufkommen, beantworte ich diese gerne wiederum schriftlich.“

Zu TOP 2 muss ich Ihnen mitteilen, dass eine Teilnahme nicht möglich ist. Hier befinden wir uns in einem Abstimmungsprozess zu einer strategischen Ausrichtung der Ganztagsbetreuung.

Angedacht ist, die Beirätekonzferenz einzubeziehen, da es sich um ein stadtweites Thema handelt.

Gerne kommen wir im weiteren Verlauf zur Situation in Burglesum auch in eine Ihrer künftigen Sitzungen.“

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

**TOP 1: Anträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in
Stadtteilangelegenheiten von Bürger* innen**

Keine

TOP 2: Bericht zur Ganztagsversorgung an den Schulen im Stadtteil

Herr Boehlke übergibt das Wort an **Herrn Hornhues**:

Herr Hornhues erläutert: „Wir haben uns lange auf diesen heutigen Termin vorbereitet. Wir haben uns lange vorher überlegt, was wir heute besprechen wollen, bzw. wo wir mit der Behörde in Austausch gehen wollen. Das ist das Wesen von Beirats- und Ausschussarbeit. Aufgrund des Fehlens der Senatorischen Behörde, beantrage ich den Abbruch der Sitzung.“

Beschluss:(einstimmig)

Der Ausschuss für Kinder und Bildung des Beirats Burglesum ist im höchsten Maße verärgert über das vor allem auch kurzfristige Nichterscheinen der Behörde.

Er fühlt sich in seinen gesetzlichen Rechten gemäß dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter massiv behindert.

Er bricht die Sitzung ab und kommt für eine neue Sitzung am 1. Juli 2025 oder 2. Juli 2025 zusammen.

Begründung:

Ziel des Ausschusses für Kinder und Bildung für die heutige Sitzung am 05.06.2025 war es, sich darüber zu informieren

1. wo die Burglesumer Kinder die weiterführenden Schulen besuchen,
2. wie im Stadtteil der Ganztagsausbau auf der Basis des gesetzlichen Anspruches für die Kinder umgesetzt werden soll und

3. wie die Lehrer*innen-Versorgung an den Burglesumer Schulen ist und wie sich daraus die reale Unterrichtsversorgung darstellt.

Zum einen wurde für einen Tagesordnungspunkt die Teilnahme bereits vor einigen Tagen abgesagt und es wurden stattdessen nur gesamtbremische Zahlen aus Deputationsvorlagen ohne eine Auswertung auf den Stadtteil vorgelegt. Hier war schon im Vorfeld der Sitzung klar, dass Nachfragen zu den erklärungsbedürftigen Zahlen nicht möglich sein würden.

Schlimmer war dann die Absage nachmittags, einen Tag vor der Sitzung, die die Ausschussmitglieder dann am Tag der Sitzung erreichte.

Neben einem weiteren schriftlichen Bericht mit wieder nicht selbsterklärenden Zahlen zur Unterrichtsversorgung, wurde dann auch noch auf den laufenden Abstimmungsprozess zu einer strategischen Ausrichtung der Ganztagsbetreuung verwiesen und die Nichtteilnahme begründet.

Dass die Nichtteilnahme mit diesen Begründungen einen Tag vor der Sitzung dem Ortsamt mitgeteilt wird, hat nichts mit einer Achtung von gewählten Volksvertreter*innen zu tun.

Erklärungsbedürftige Unterlagen und fehlende Informationen sowie das Nichterscheinen der Behördenvertretung machen eine Beratung der Themen im Ausschuss unmöglich.

Der Ausschuss erwartet auf der Basis des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter, dass die Senatorin für Kinder und Bildung sicherstellt, Vertreter*innen zu entsenden mit denen der Ausschuss in einen persönlichen Austausch kommen kann, um die Fragen aus den Vorträgen und aus vorher übersandten Unterlagen beantwortet zu bekommen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19:20 Uhr.

Im Original gez.
Florian Boehlke
Ortsamtsleiter